

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

17.01.2024

Inhalt

EWN

1 MV will enger mit Nachbarn kooperieren <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 17.01.2024</i>	3
2 Behördenchef König sieht neue Atomdebatten als Folge von Unwissenheit <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 17.01.2024</i>	4
3 Macron plant neue AKW-Ära <i>DIE WELT, 17.01.2024</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 17.01.2024 | S. 15

📄 Auflage: 24.506 | Reichweite: 79.409

👤 Christian Johner

MV will enger mit Nachbarn kooperieren

Die rot-rote Landesregierung hat eine Strategie für die Kooperation Mecklenburg-Vorpommerns mit anderen Ostsee-Anrainern beschlossen. „Wir wollen ein engeres Zusammenrücken der demokratischen Staaten im Ostseeraum“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) nach der Kabinettsitzung am Dienstag in Warnemünde. Die Strategie ist auch Teil einer Neuausrichtung der Ostsee-Politik nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Die Strategie umfasst nach Angaben der Landesregierung drei große Schwerpunktthemen. Demnach soll das Land Mecklenburg-Vorpommern als Kooperationspartner gestärkt und sichtbarer gemacht werden. Die Zusammenarbeit für eine gesunde und lebenswerte Umwelt soll weiterentwickelt werden. Und durch gemeinsame Bemühungen sollen die Zukunftsfähigkeit und der Wohlstand im Ostseeraum gesichert werden.

Schwesig sagte: „Die Länder des Ostseeraums stehen vor einer gemeinsamen Herausforderung. Wir al-

le stehen vor der Aufgabe, unsere Wirtschaft und Gesellschaft klimafreundlich umzubauen. Das eröffnet uns neue wirtschaftliche Chancen.“ Die größten Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit sehe sie im Bereich der erneuerbaren Energien und beim Aufbau einer wasserstoffbasierten Wirtschaft. Dabei wolle man schon bestehende Veranstaltungen im Land stärker auf den Ostseeraum ausrichten.

Als weiteres konkretes Vorhaben nannte Schwesig die Munitionsbergung in der Ostsee. „Diese Tonnen von Munition vergiften unsere Ostsee.“ Außerdem wolle die Landesregierung Ostseetage „als gemeinsames Dach für Veranstaltungen“ etablieren.

Die Zusammenarbeit im Ostseeraum ist als Staatsziel in der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns verankert. An den Kabinettsberatungen im Leibniz-Institut für Ostseeforschung in Warnemünde (IOW) nahm auch der finnische Botschafter in Deutschland, Kai Sauer, teil.

 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard | 17.01.2024

 Auflage: 9.854 | Reichweite: 30.562

 Marco Hadem

ENDLAGER

Behördenchef König sieht neue Atomdebatten als Folge von Unwissenheit

Der scheidende Chef der deutschen Atombehörde hat politische Debatten nie kommentiert. Kurz vor dem Ruhestand hat er eine Warnung.

Berlin. Die Gemütslage von Atom-Behörden-Chef Wolfram König könnte kurz vor dessen Karriereende gespalten kaum sein. Nach rund einem Vierteljahrhundert in Verantwortung beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) geht der 65-Jährige Ende Januar in Ruhestand. Doch viele aktuelle Debattenbeiträge in Sachen Atomkraft und Atom-müll erinnern nicht nur ihn an Aussagen aus längst vergangenen Zeiten.

„Wir müssen den zunehmenden Verlust eines Konsenses bei der Atomenergie konstatieren“, sagt Wolfram König jetzt. Damit wachse die Gefahr, dass die sichere Entsorgung der atomaren Hinterlassenschaften weiter ins Hintertreffen gerate. Der gebürtige Lübecker hat seit 2016 als Chef des BASE und zuvor von 1999 bis 2017 als Präsident des BfS eine Schlüsselrolle in der Atompolitik inne.

Als Behördenchef hat König politische Debatten nicht kommentiert. Jetzt lässt er Neubauforderungen von Meilern nicht unbeantwortet: „Phasen der großen Versprechungen der Kernenergie hat es immer wieder gegeben. Dass sie derzeit wieder so unkritisch übernommen werden, zeugt meines Erachtens auch von einem rasanten Wissensverlust in der Breite der Bevölkerung, aber auch in der Politik.“

Im Klartext sagt er damit nichts anderes, als dass die Atomdebatte inzwischen von Politikern geführt wird, die keine Ahnung vom Thema haben. Sowohl CDU-Chef Friedrich Merz als auch CSU-Chef Markus Söder oder FDP-Bundestagsfraktionschef Christian Dürr hatten sich - wie viele andere Politiker - in den vergangenen Monaten für den Bau neuer Meiler ausgesprochen. Sie erklären dabei gern, dass dadurch kaum

neuer Atommüll oder neue Sicherheitsrisiken entstünden.

„Wer heute Hoffnungen in diese Technologie setzt und neue Euphorie verbreitet, blendet all die Risiken aus, die wir insbesondere mit Tschernobyl und Fukushima leider wiederholt erleben mussten“, betont dagegen König. „Derartige Technologieversprechen erscheinen immer dann besonders attraktiv, wenn der andere Weg, also konsequent auf die Erneuerbaren zu setzen, mit diversen Widerständen versehen ist.“

Zwar sei ein Diskurs nach Stand von Wissenschaft und Technik wichtig, „Fakt ist allerdings, dass sich der Bau von Atomkraftwerken sowohl zeitlich als auch ökonomisch in der Praxis völlig anders darstellt, als es versprochen wird“, sagt König.

Dass die Endlagersuche nur zäh vorankommt, überrascht König nicht: „Die Beantwortung der Endlagerfrage ist vergleichbar mit einem Dauerlauf.“ In seiner Zeit seien aber „wichtige Schritte zur Verbesserung der Sicherheit gegangen worden“. Die anfänglich „geradezu Kulturkampf-ähnliche Konfrontation“ sei in Bahnen gelenkt worden, die den Sicherheitsanforderungen gerecht würden und der 2023 vollzogene Atomausstieg erlaube mehr Planungssicherheit für den Umgang mit dem radioaktiven Müll.

Doch auch hier gibt es Grund zur Sorge bei König: „Derzeit erleben wir, dass die ungelöste Endlagerfrage wieder aus dem Blick gerät und als großes Umweltproblem ignoriert wird.“ Hierzu zähle auch der Ansatz, dass es kein Endlager brauche, da der Atommüll in neuen Meilern vollständig wiederverwertet werden könne: „Wir brauchen in Deutschland auf jeden Fall ein Endlager für hochradioaktive Abfälle.“

Macron plant neue AKW-Ära

Frankreich baut die Kernenergie aus wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Erneuerbare Energien dienen dem Nachbarland nur als Ergänzung

Frankreich hat die Energiewende für sich völlig neu definiert. Ein Strategieschwenk, der sich in der vergangenen Woche angekündigt hatte, hat sich mit der neuen französischen Regierung bestätigt. Paris setzt künftig vor allem auf Atomenergie, um klimafreundlich zu heizen, Auto zu fahren und zu produzieren. Erneuerbare Energien wie Windkraft und Solarenergie sollen hingegen im französischen Energiemix den Atomstrom nur noch ergänzen.

Festgehalten ist der Schwenk in dem Entwurf für ein Gesetz zur Energie-Souveränität. Das Dokument zum "Projet de loi relatif à la souveraineté énergétique" beschreibt, wie Frankreichs Energieprioritäten bis 2030 aussehen sollen. Und dieses Papier hat es in sich, kündigt es doch ein neues Atomzeitalter in Frankreich an.

Das Strategiepapier, das sich bis zur endgültigen Verabschiedung noch ändern kann, sieht vor, dass in den kommenden Jahren weitaus mehr Atomkraftwerke in Frankreich entstehen sollen als bislang geplant. Bisher hatte die Regierung nur davon gesprochen, in den kommenden Jahren sechs neue Atomkraftwerke zu bauen. Der Strategieentwurf sieht jetzt vor, dass stattdessen in den kommenden Jahren 14 neue Kernkraftwerke entstehen sollen - also acht mehr als bisher geplant. Das Ziel ist klar: Atomkraft soll auch künftig die dominierende Energiequelle in Frankreich sein. Langfristig soll Atomstrom so wie heute 60 bis 70 Prozent zum Strommix beitragen.

Erneuerbare Energien wie Windkraft, Wasserkraft und Solarenergie hingegen sollen in der französischen Energiewende künftig nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Im Papier ist die Rede davon, dass erneuerbare Energiequellen nur noch Strom für "den letzten Kilometer" liefern sollen. Was die Verfasser der Strategie damit meinen, bleibt unklar. Für Experten und Kommentatoren ist aber klar, dass die französische Regierung für Erneuerbare im künftigen Energiemix nur noch eine unterstützende Rolle vorsieht. Dafür spricht auch, dass die Strategie keinerlei Quoten für

erneuerbare Energien vorsieht. Ganz im Gegenteil: Bereits im ersten Artikel des Gesetzesentwurfs ist festgehalten, dass alle Quoten für Erneuerbare aus dem entsprechenden französischen Gesetz (Code de l'énergie) gestrichen werden sollen.

"Frankreichs Weg ist ein ganz anderer als der deutsche", sagt Victor Warhem, Energieexperte am Centre de Politique Européenne in Paris. "In zehn oder 15 Jahren sollen die geplanten Atomkraftwerke die Versorgung mit klimafreundlichem Strom in Frankreich sicherstellen. Bis die Kraftwerke fertiggestellt sind und Strom liefern können, sollen erneuerbare Energien wie Wind, Wasserkraft und Solarenergie für den Übergang klimafreundlichen Strom liefern." In Deutschland und anderen Ländern ist es genau andersherum.

Der Gesetzesentwurf, der Anfang vergangener Woche bekannt wurde, stammte noch von der damaligen Ministerin für die Energiewende, Agnès Pannier-Runache. Mit seiner Regierungsneubildung hat Staatspräsident Emmanuel Macron jetzt Ende der Woche diesen Strategieschwenk bestätigt. Bei der Umbildung hat Pannier-Runache ihren Posten verloren. Stattdessen wird künftig der Super-Minister Bruno Le Maire zusätzlich zu Finanzen und Wirtschaft auch den Energiebereich verantworten. "Mit der Rückführung der Verantwortung für die Energiepolitik in das Wirtschaftsministerium hat Macron den Strategiewandel in eine politische Form gegossen", sagt CEP-Experte Warhem. "Wir sehen einen Umschwung weg von Erneuerbaren als Hauptquelle von klimafreundlichem Strom hin zu Kernkraft und dieser Strategiewechsel wird durch Bruno Le Maire verkörpert, der künftig auch die Energiepolitik verantwortet."

Damit verfolgt die Regierung auch industriepolitische Ziele. Atomstrom erlebt weltweit eine Renaissance und rund um den Globus sollen in den kommenden Jahren viele neue Atomkraftwerke entstehen. Die französische Atomindustrie will daran mitverdienen. Dafür sind allerdings erhebliche Investitionen nötig, denn

seit dem Ende der 90er-Jahre wurden in Frankreich keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut.

Der Strategiewechsel sorgte für Proteste. "Atomkraft und erneuerbare Energien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden", warnte SER, ein Verband für erneuerbare Energien. Die Regierung müsse Vernunft annehmen und wieder ein Ziel für Erneuerbare in das Gesetz aufnehmen. Sie sollten künftig 45 Prozent zur Energieerzeugung beitragen. Tatsächlich werden die erneuerbaren Energien auch künftig weiter ausgebaut. An vier Standorten vor der französischen Küste sollen beispielsweise gigantische Offshore-Windanlagen entstehen, die zusammengekommen eine Kapazität von 18 Gigawatt haben sollen. Aber die nuklearen Kapazitäten sollen genauso stark, wenn nicht sogar noch stärker steigen.

All der zusätzliche Strom ist nötig, weil in Frankreich genauso wie in Deutschland der Bedarf an Strom in den kommenden Jahren stark steigen wird, wenn Verbrenner durch E-Autos abgelöst werden, Häuser verstärkt mit strombetriebenen Wärmepumpen geheizt werden und auch industrielle Prozesse elektrifiziert werden. Die neuen Atomkraftwerke sollen diesen wachsenden Bedarf verlässlich decken.

Dass der bestehende Kraftwerkpark dazu nur eingeschränkt in der Lage ist, hat Jahr 2022 gezeigt. Nachdem bei Routinekontrollen in einem Kraftwerk Risse in einer Hülle entdeckt worden waren, musste eine ganze Reihe von Reaktoren gleicher Bauart abgeschal-



tet werden, damit die Anlagen saniert werden konnten. Zusätzlich stellten die Betreiber im Sommer 2022 Atomkraftwerke ab, weil Flüsse an den Anlagen nach einer Dürre nicht mehr genügend Wasser führten, um Kühlwasser aus den Anlagen einzuleiten. Die Folge: Frankreich, normalerweise ein Stromexporteur, musste Strom aus den Nachbarländern kaufen.

Und eine weitere Entwicklung treibt die französische Atom-Renaissance. Die französische Regierung fürchtet, dass der vermehrte Bau und Einsatz von Erneuerbaren erhebliche Abhängigkeiten von China schaffen. Die Solarpaneele stammen häufig aus China und in den Solar- und Windanlagen stecken Seltene Erden, die bisher vor allem aus China kommen. Zudem sind für die Speicherung von grünem Strom Batterieanlagen nötig, die vermutlich große Mengen von Lithium benötigen, das derzeit vor allem in China verarbeitet wird. Diese Abhängigkeit von China will die Regierung in Paris offenbar vermeiden.

"Mit der neuen Energiestrategie kehrt die französische Politik zurück zur Atompolitik der 1970er-Jahre", sagt Ökonom Warhem. "Damals sollten Atomkraftwerke Frankreich unabhängiger von den ölproduzierenden arabischen Ländern machen. Diesmal soll die Atomenergie die Unabhängigkeit von China sichern." Dafür nimmt die Macron allerdings in Kauf, dass Frankreich für Jahrzehnte abhängig von Kasachstan und Niger bleibt. Es ist ein Risiko, das er offenbar bereit ist, einzugehen.

Kaum zu vergleichen

Anteil der Energieträger an der Nettostromerzeugung in Prozent

 Frankreich	2021	2022	 Deutschland	2021	2022
Kernenergie	70,8	65,0	Braunkohle	19,8	21,5
Erdgas	6,4	9,9	Wind Onshore	17,6	19,9
Wind Onshore	6,9	8,6	Steinkohle	9,3	11,3
Laufwasser	8,0	7,8	Solar	8,8	10,8
Solar	2,7	4,2	Erdgas	10,3	9,2
Speicherwasser	3,1	2,3	Biomasse	8,9	8,9
Biomasse	0,6	0,8	Kernenergie	13,1	6,7
Steinkohle	0,8	0,7	Wind Offshore	4,8	5,0
Öl	0,3	0,4	Laufwasser	3,7	3,3
Erneuerbarer Müll	0,2	0,2	Nicht erneuerbarer Müll	1,1	1,0
Nicht erneuerbarer Müll	0,2	0,2	Erneuerbarer Müll	0,9	0,9
			Öl	0,6	0,6

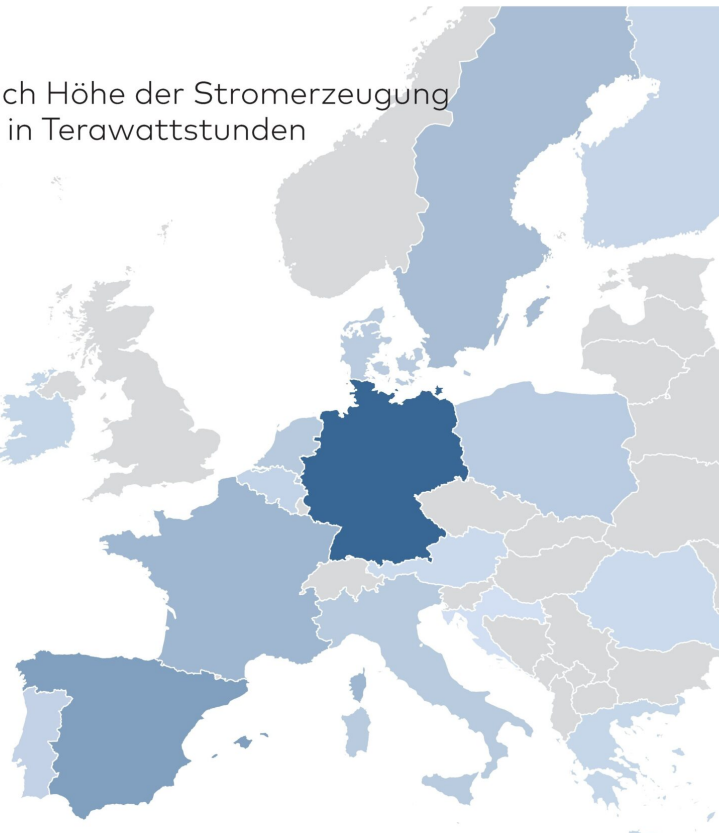
Quelle: Statista/Fraunhofer ISE

WELT

Deutschland vorn

Wichtigste Länder Europas nach Höhe der Stromerzeugung aus Windenergie im Jahr 2022 in Terawattstunden

Deutschland	125,3
Spanien	62,7
Frankreich	37,9
Schweden	33,1
Niederlande	21,2
Italien	20,4
Polen	19,4
Dänemark	19,0
Portugal	13,3
Belgien	11,9
Finnland	11,6
Irland	11,2
Griechenland	10,5
Österreich	7,2
Rumänien	7,0
Kroatien	2,3



Quelle: Statista/Euroobserver

WELT